

Philologenverband: Zusatzmilliarden des Bundes müssen auch Schulen zugutekommen!

Einen dringenden Appell hat der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, Heinz-Peter Meidinger, an die Landesregierungen gerichtet, einen bedeutenden Teil der vom Bund den Ländern für 2015 und 2016 zur Verfügung gestellten 6 Milliarden Euro für die Förderung des Spracherwerbs und die Bewältigung der schulischen Integration der Flüchtlingskinder zu verwenden. "Dies ist leider bis zum jetzigen Zeitpunkt in vielen Bundesländern noch nicht erkennbar", fügte er hinzu.

Dringend notwendig sei eine massive qualitative Verbesserung des schulischen Unterstützungssystems durch Dolmetscher, Sozialpädagogen und mehr Schulpsychologen, wie sie auch die Präsidentin der Kultusministerkonferenz eingefordert habe, so Meidinger.

Darüber hinaus müsste, so der Verbandsvorsitzende, die frühkindliche Bildung flächendeckend umfassend ausgebaut werden. "Was derzeit an Angeboten der frühkindlichen Sprachförderung in den einzelnen Bundesländern vorhanden ist, reicht für die Bewältigung der vor uns liegenden Mammutaufgabe der schulischen Integration von 300.000 Flüchtlingskindern in diesem Jahr und mindestens 150.000 – 200.000 zusätzlichen Kindern in den nächsten Jahren hinten und vorne nicht!" betonte der Verbandschef.

Er warnte auch davor, in der deutschen Bevölkerung den Eindruck aufkommen zu lassen, dass diese Aufgabe nur mit Einschnitten in die bisherige Qualität unserer Schulen gelöst werden könne. "Ausfallender Sportunterricht, fehlende Sprachlehrer, Raumnot und größere Klassen dürfen kein Dauerzustand werden", sagte Meidinger.

Es sei zwar richtig, dass sich derzeit der Blick der Öffentlichkeit vor allem auf die Frage der Unterbringung richte. Ob die Integration der Flüchtlinge aber insgesamt miss- oder gelingen werde, werde sich in erster Linie an der Frage entscheiden, ob Kindergärten und Schulen mit zusätzlichen Ressourcen so ausgestattet werden, dass sie diese Herausforderung erfolgreich bewältigen könnten, so der Bundesvorsitzende des DPhV.

Berlin, den 05.10.2015

Eva Hertzfeldt
Pressesprecherin